

Russland im Sog der Krise

Willi Gerns

Lange Zeit waren die russische Führung und die unter ihrer Kontrolle stehenden Medien bemüht, die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft als eine Angelegenheit darzustellen, die nur die übrige Welt betreffe. In Bezug auf Russland selbst war höchstens von „gewissen Schwierigkeiten“ die Rede, die man aber im Griff habe. Man sei bestens gewappnet. Der Rubel sei und bleibe stabil. Das Bankensystem und in Finanznot geratende Betriebe erhielten die notwendige Unterstützung. Schließlich habe man in guten Jahren genügend Reserven geschaffen, um alle von außen kommenden Schwierigkeiten abzupuffern. Kurzum, das Reich Putins und Medwedjews wurde als eine Art Insel der Stabilität inmitten der tobenden See einer ansonsten so gut wie die ganze Welt erfassenden Finanzkrise dargestellt.

Diese in den ersten Monaten der Weltfinanzkrise so konsequent befolgte Sprachregelung dürfte unter anderem mit der Sorge der Herrschenden in Russland zusammenhängen, dass die Russen angesichts ihrer bitteren Erfahrungen mit der Finanzkrise von 1998 durch Auflösung ihrer Konten und andere Schritte panisch reagieren und damit zusätzliches Öl ins Feuer gießen könnten. Die Krise 1998 hatte zur Zahlungsunfähigkeit des russischen Staates, einem 75-prozentigen Wertverlust des Rubels, einem Kollaps der meisten Privatbanken und zu einem Verlust der entsprechenden persönlichen Ersparnisse geführt. Diese Resultate hatten aber zugleich auch dem Jelzin-Regime den letzten Rest von Vertrauen bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung genommen, sodass den Herrschenden bald darauf nichts anderes überblieb als im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft Jelzin durch Putin zu ersetzen.

Die Beruhigungsspielen haben ihre Wirkung getan. Panikreaktionen sind weitgehend ausgeblieben. Entscheidend dafür waren aber wohl mehr noch schnelle und relativ weitgehende Stützungsaktionen der Regierung, die dabei auf ein gutes Polster an Reserven zurückgreifen konnte, die durch den Export von Energieträgern und anderen Rohstoffen in den letzten Jahren angesammelt werden konnten.

Ungeachtet dessen sind die Auswirkungen der Weltfinanzkrise auf Russland inzwischen aber derart offensichtlich, dass sich die alte Sprachregelung so nicht mehr aufrecht erhalten lässt. Von den realen Entwicklungen eingeholt, sah sich Präsident Medwedjew Mitte November gezwungen, von einem kommenden „sehr schweren Jahr“ zu sprechen.

Auswirkungen im Finanzbereich

Die Weltfinanzkrise macht um das in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebundene Russland keinen Bogen. In manchen Bereichen sind ihre Auswirkungen sogar noch größer als

in den anderen G8-Staaten einschließlich der USA, von denen der finanzielle Tornado seinen Ausgang genommen hat. Das gilt besonders für den Absturz der Börse. So fiel die US-Börse nach dem 18. Mai um 12 Prozent, der RTS, die wichtigste russische Börse, um 13 Prozent. In den folgenden zwei Monaten brach der RTS um 52 Prozent ein, während die US-Börse nur um 9 Prozent fiel.¹ Insgesamt sind die Indexe der Moskauer Börsen Micex und RTS bis November auf etwa ein Viertel der Spitzenwerte vom Mai abgestürzt.²

Auch der Rubel geriet unter erheblichen Abwertungsdruck, sodass sich die russische Zentralbank zu beträchtlichen Stützungskäufen gezwungen sah. Eine Ursache liegt in der Kapitalflucht aus Russland, die sich nach Angaben von Finanzminister Kudrin allein in den Monaten August und September auf insgesamt 33 Milliarden Dollar belief.³ Im Oktober hat sich das Tempo weiter beschleunigt und bis zu 2,5 Mrd. Dollar täglich erreicht.⁴ Gründe dafür sind u. a. darin zu suchen, dass ausländische Anleger ihre Aktiva abziehen, um in den eigenen Ländern Liquiditätsengpässe zu beheben. Hinzu kommen Hilfen der Zentralbank oder der Regierung für russische Banken und Konzerne, die Schwierigkeiten haben, ihren Verpflichtungen zur Bedienung bzw. Rückzahlung im Ausland aufgenommener Kredite nachzukommen. Die Auslandsverschuldung der Banken und Konzerne beläuft sich auf die enorme Summe von mehr als 500 Mrd. Dollar.⁵ Ein nicht unbedeutender Anteil an der Kapitalflucht dürfte aber auch auf das Konto der Spekulation durch Flucht in den starken Dollar gehen.

Nach Angaben der Netzeitung Russland aktuell vom 25. November 2008 haben sich Zentralbank und Regierung ihre Stützungsmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt etwa 145 Mrd. Euro kosten lassen. Kapitalabfluss und Kapitalspritzen zur Stützung des Finanzsystems sowie günstige Kredite an Öl- und Gasunternehmen und andere Konzerne haben dazu geführt, dass die internationalen Währungsreserven Russlands nach Angaben der russischen Zentralbank inzwischen von 597,5 Mrd. Dollar (August 2008) auf 455,730 Mrd. Dollar (8. Dez. 2008) zusammengeschmolzen sind.

Negative Entwicklungen in den produzierenden Sektoren

So problematisch die Auswirkungen der Weltfinanzkrise auf den russischen Finanzsektor auch sind, dramatischer sind die sich darin in gewissem Maße widerspiegelnden negativen Entwicklungen in den produzierenden Sektoren. Dazu gehört der Preiseinbruch bei den Rohstoffen, den wichtigsten Exportgütern Russlands. So ist der Ölpreis von fast 150 Dollar pro Barrel auf zeitweilig unter 50 Dollar gefallen. Gesunken sind auch die Metallpreise.

Die Folgen für Wirtschaft und Staatshaushalt sind enorm. Angesichts der relativ aufwändigen Förderbedingungen in Russland müssen Ölkonzerne mit Verlusten arbeiten und werden vom Staat mit günstigen Krediten gestützt. Mehrfach sah sich die Regierung schon veranlasst, die Exportabgaben auf Rohöl zusammenzustreichen. Der Einbruch bei den Energiepreisen trifft den russischen Staatshaushalt äußerst empfindlich. Speisen die Einnahmen aus Öl und Gas doch etwa 50 Prozent des Budgets.⁷ Da dem jetzigen Staatshaushalt die Annahme eines Ölpreises von mindestens 60 Dollar pro Barrel zugrunde liegt, steht das Budget auf mehr als wackeligen Füßen. Viele angekündigte Projekte der Regierung, darunter im Wohnungsbau und andere die Masse der Bevölkerung unmittelbar berührende Vorhaben, werden im Ergebnis weitgehend in den Schubladen verschwinden. Und die vom Budget abhängigen Staatsangestellten dürften ohne harte Lohnkämpfe künftig kaum auf Gehaltszuwächse

rechnen können.

Im Unterschied zu den meisten anderen G8-Ländern ist in Russland vorerst noch nicht mit einem Minuszeichen vor dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der Industrieproduktion zu rechnen. Allerdings zeichnet sich ein deutlicher Rückgang der bisher hohen Zuwachsraten ab. Im Oktober 2008 ist das BIP im Vergleich zum Vormonat zum ersten Mal seit Beginn der Weltfinanzkrise gesunken, und zwar um 0,4 Prozent. Gegenüber dem Oktober 2007 liegt es dagegen noch um 5,9 Prozent höher. Im November und Dezember hat der Rückgang angehalten. So teilte der Pressedienst des russischen Wirtschaftsministeriums mit: „Ausgehend von den jüngsten Kennziffern der staatlichen Statistikbehörde Rosstat schätzt das Wirtschaftsministerium das BIP-Wachstum im 4. Quartal auf 2,6 Prozent.“⁸ Das Jahreswachstum wird damit um etwa 6 Prozent liegen gegenüber 8,1 Prozent in 2007.

Die Verlangsamung des Wachstumstempos beim BIP wird vom russischen Wirtschaftsministerium mit der Verringerung des Wachstumstempos in der Industrie, in der Bauwirtschaft und mit dem Rückgang der Investitionen beim Grundkapital erklärt. Wie in anderen kapitalistischen Ländern ist dabei auch in Russland die Automobilindustrie in besonderem Maße betroffen. So sind die Verkäufe einheimischer Marken in Russland allein in den Monaten August und September um 40 Prozent zurückgegangen.⁹ Was die Bauwirtschaft angeht, so ist der Einbruch besonders deutlich in Moskau zu beobachten. Dazu gehört auch die Suspendierung der Bauarbeiten am Rossija-Turm in Moskaus ambitioniertem Geschäftsviertel Moskwa-City. Das Hochhaus hätte mit einer Höhe von 612 Metern Europas höchstes Gebäude werden sollen.¹⁰ Jetzt ist es erst einmal zum Symbol für den Stopp im wirtschaftlichen Höhenflug Russlands geworden.

Einen deutlichen Rückgang des BIP-Wachstums erwarten viele russische Analytiker für das Jahr 2009. Auch die Rating Agentur Fitch Ratings prognostiziert einen Abschwung des Tempos auf 4 Prozent. Der Internationale Währungsfond rechnet 2009 noch mit einem Zuwachs von 3,5 Prozent und die Weltbank geht sogar nur noch von 3 Prozent Wachstum aus.¹¹ Das sind natürlich Zahlen, von denen man in Deutschland und den anderen G8-Staaten nicht einmal träumen kann. Für Russland bedeuten sie jedoch einen tiefen Einbruch, der zu enormen ökonomischen und möglicherweise auch politischen Problemen führen wird.

Die Auswirkungen des beginnenden wirtschaftlichen Abschwungs auf die russische Arbeiterklasse machen sich bereits heute deutlich bemerkbar. Nach Angaben des russischen Statistischen Amtes ist die Summe der ausstehenden, von den Unternehmen noch nicht an ihre Arbeiter und Angestellten gezahlten Löhne allein im Oktober um 33,4 Prozent auf etwa 4 Milliarden Rubel (etwa 111 Millionen Euro) angewachsen. Auch die Zahl der wegen Schließung von Betrieben oder Zurückfahren der Produktion Entlassenen steigt schnell an. In 1 123 Unternehmen sind Kürzungen des Personals vorgesehen und offiziellen Angaben zufolge wurden bereits knapp 50 000 Beschäftigte entlassen. Experten gehen allerdings davon aus, dass die tatsächliche Zahl derjenigen, die in jüngster Zeit ihren Arbeitsplatz verloren haben, mindestens fünf Mal so hoch ist. Bei den nicht in die offizielle Statistik eingehenden Entlassungen lauten die Formeln dann „auf eigenen Wunsch“, „durch Übereinkunft der Seiten“ oder einfach „unbezahlter Urlaub“. Im Oktober waren in Russland offiziell 4,624 Millionen Arbeitslose oder 6,1 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung registriert.¹²

Langfristige Probleme der russischen Wirtschaft

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind für Russland umso gefährlicher, als sie mit langfristigen Faktoren zusammenfallen, die sich dämpfend auf das russische Wirtschaftswachstum auswirken. Auf einer Beratung der Kreml-Partei „Einiges Russland“ über den Staatshaushalt 2009-2011 verkündete Finanzminister Kudrin: „Der Überfluss, den wir haben, geht zu Ende. 2008 wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Jahr sein, in dem wir den Höhepunkt bei der Förderung von Öl und Gas in unserem Land erreicht haben, Größere Einnahmen wird es nicht mehr geben. In diesem Sinne überschreiten wir eine historische Grenze.“ Er betonte, dass der Anteil der Öl- und Gaseinnahmen an den Staatseinnahmen unabhängig von der Ölpreisentwicklung immer mehr sinken werde.

Kudrin verwies zugleich auf die demographische Situation, die ebenfalls einen negativen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung ausüben werde. „2008 ist das Jahr mit der maximalen Zahl Beschäftigter in der russischen Wirtschaft“ – so der Minister. Selbst die kühnsten Maßnahmen seien nicht imstande, die sinkende Zahl der Beschäftigten zu kompensieren. Sein Fazit: Ein weiteres Wirtschaftswachstum könne nur durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden.¹³ Dem stehen allerdings ernste Hindernisse im Wege.

Da ist der erbärmliche Zustand der russischen Industrie. Im Bericht des ZK an den XIII. Parteitag der KPRF werden dafür Fakten angeführt. Danach sind mehr als 50 Prozent der Ausrüstungen verschlissen. Die Produktion von spanabhebenden Werkzeugmaschinen ist im Vergleich zu 1991 auf ein Elftel gesunken. Die verarbeitende Industrie leistet nur noch 45 Prozent des Niveaus von 1991. Die Produktion von Computertechnik ist auf ein Fünfzehntel gefallen. Ganze den technischen Fortschritt maßgeblich bestimmende Zweige wie die elektronische Industrie und andere sind praktisch verschwunden. Hinsichtlich moderner Technik ist Russland heute vom Ausland abhängig. Was floriert, sind nur die Förderung und der Export von Energieträgern und anderen Rohstoffen.¹⁴

Auch Michail Prochorow, der Präsident der „Onesim“-Gruppe, weist in einem Beitrag der russischen Zeitschrift „Expert“ darauf hin, dass Russland heute nicht im erforderlichen Umfang über eine Produktion von Innovationen verfügt. Als weitere Faktoren, die der Innovationspolitik als Voraussetzung für eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität im Wege stehen, nennt er u. a., dass man in Russland „entwöhnt“ sei, „Systemaufgaben zu stellen und zu lösen, für die man im 20. Jahrhundert berühmt war (GOELRO-Plan zur Elektrifizierung Russlands, Eroberung des Kosmos, Entwicklung der Atomwaffe usw.)“; die „geringe Bereitschaft zu Innovationen und als Folge das langsame Tempo ihrer Einführung“; die „tiefe Kluft zwischen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und ihrer Anwendung in der Praxis“, was nach Meinung Prochorows vor allem damit zusammenhängt, dass die Unternehmen sich lieber auf Innovationen aus dem Ausland orientieren.¹⁵

All das bedeutet, Russland steht nicht nur aktuell, sondern langfristig vor großen Problemen. Damit sind aber auch die Zeiten vorbei, die es dem Putin-Regime gestatteten, die Oligarchen und Superreichen in einem Tempo wie sonst kaum irgendwo in der Welt immer reicher werden zu lassen und zugleich auch für große Teile der Bevölkerung wenigstens in bescheidenem Maße den Lebensstandard zu verbessern. Da von Putin und Medwedjew kaum zu erwarten ist, dass die Räuber des sowjetischen Volkseigentums jetzt endlich an die Kandare gelegt und zur Kasse gezwungen werden, dürften für die große Mehrheit der Bevölkerung harte Zeiten bevorstehen.

Politische Risiken

Daraus können sich aber durchaus auch politische Risiken für das herrschende Regime ergeben. Nach Ansicht Michael Ludwigs, die er in einem Kommentar der FAZ vom 20.10. 08 äußerte, „zeichnet sich ein Szenario ab, in dem der ungeschriebene russische Gesellschaftsvertrag ins Wanken geraten könnte. Bislang galt, ‚denen da oben‘ freie Hand in der Politik zu lassen, solange sie für wachsenden Wohlstand sorgten. ... Das könnte sich ändern, wenn Russland in eine Rezession geriete.“ Ähnlich argumentiert Robert Ortung in einem Beitrag der Russland-Analysen, 172/08. Auch er geht davon aus, dass sich mit der globalen Finanzkrise die Situation in Russland ändert. „Das Wirtschaftswachstum wird geringer oder kommt zum Stillstand und die von den Russen erwartete Stabilität sowie der allmähliche Fortschritt sind bedroht. Ob die russische Führung in der Lage sein wird, ihre Legitimität bei sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen zu wahren, ist eine offene Frage.“

Dass diese Fragestellung durchaus berechtigt ist, lässt sich auch aus einer neuen repräsentativen Umfrage des „Lewada-Zentrums“ über die Entwicklung des Vertrauens zur russischen Regierung unter dem Einfluss der ökonomischen Krisenprozesse ableiten. Sie zeigt, dass im November die Zahl derjenigen zugenommen hat, die die Tätigkeit der von Putin geführten Regierung kritisch bewerten. Zwischen Oktober und November ist der Anteil der Befragten, die der Ansicht sind, die Regierung kämpfe „schlecht“ gegen die Finanzkrise, gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, von 27 auf 33 Prozent gestiegen. Der Anteil derjenigen, die der Regierung eine gute Note ausstellen, ist dagegen von 13 auf 7 Prozent gesunken.

Ob aus der Unzufriedenheit Aktivität für die eigenen Interessen wird, ist allerdings eine andere Sache. Dies umso mehr als Putin selbst bisher kein Adressat der Verdrossenheit ist. Seine Tätigkeit billigen in der gleichen Befragung 86 Prozent der Teilnehmer. 16 Offenbar leisten der Personenkult und die Devise „Väterchen Zar ist gut – schuld an allem hat seine Umgebung“ noch immer gute Dienste für den Herrscher.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation hat auf ihrem XIII. Parteitag Ende November 2008 auf den Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern orientiert und deutlich gemacht, dass die Misere in Russland nur mit einem Wechsel des Regimes und einer grundlegenden Änderung der Politik überwunden werden kann. In einer speziellen Resolution zur Finanz- und Wirtschaftskrise erklärt die Partei: „Die wichtigste Bedingung eines wirkungsvollen Auswegs aus der Krise sieht die KPRF in der sofortigen Nationalisierung der Basiszweige der Wirtschaft und im Übergang zu ihrer staatlichen Regulierung. Nur auf dieser Grundlage sind eine erfolgreiche neue Industrialisierung und ein Durchbruch zu einer wissenschaftsintensiven Produktion möglich. Und nur mit einer solchen Politik kann die Wirtschaft gesunden.

Die KPRF schlägt vor, die Währungsreserven des Staates unverzüglich ins Land zurückzuholen und für die Kreditversorgung der Produktion einzusetzen; ein staatliches Bankensystem zu schaffen, das unabhängig vom Spekulationskapital und Börsengeschäften ist; die Kapitalausfuhr und die Intervention von Waren aus dem Ausland zu begrenzen.

Die KPRF unterstützt die gerechten Forderungen der Werktätigen an den Präsidenten und die Regierung Russlands, Massenentlassungen derjenigen nicht zuzulassen, die zur ökonomischen Geisel der unfähigen Politik der Machthabenden geworden sind.“¹⁷

(Die Recherchen für den Beitrag wurden Mitte Dez. 2008 abgeschlossen)

- 1 russland-analysen 171/08, S. 2, Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen
- 2 Netzeitung Russland-Aktuell, 25.11.08
- 3 www.rian.ru, 13.10.08
- 4 Expert 42 v. 27.Okt. – 2. Nov. 08 (russ.)
- 5 Bericht des ZK an den XIII. Parteitag der KPRF, www.kprf.ru, 29.11.08
- 6 www.cbr.ru, 8.12.08
- 8 <http://de.rian.ru/business/20081213/118839920.html>
- 9 russland-analysen 171/08
- 10 Neue Züricher Zeitung v. 1.12.08
- 11 Siehe Wremja Nowostjee, Ausgabe v. 25. Nov. 08
- 12 Angaben nach Sowjetskaja Rossija v. 25. Nov. 08
- 13 Siehe Wremja Nowostjee v. 8. Okt. 08
- 14 www.kprf.ru, 29.11.08
- 15 Expert 42, a.A.O
- 16 Siehe Wremja Nowostjee v. 25. Nov. 08
- 17 www.kprf.ru, 2.12.08